

Treschner Nachrichten

Begründet 1856

Direktion: Nachrichten-Treschner
Herausgeber: Hermann Treschner
Kassier: Fritz Treschner
Verlag: H. L. Wittenberg 58/59

Verlagspreis: 1,20 M. pro Quartal
Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile
Abdruck: 20 Pf. pro Zeile
Kontingente: 1000 Zeilen

Druck: H. L. Wittenberg
Verlag: H. L. Wittenberg
Kassier: Fritz Treschner

Hugo Stinnes verhaftet

Der Erbe des Stinnes-Konzerns nach achtstündiger Vernehmung ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert

Berlin, 30. August. In der Kriegsanleiheangelegenheit ist am Donnerstag Hugo Stinnes, gegen den bereits vor einigen Tagen die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet worden war, vom Untersuchungsrichter des Landgerichts I Berlin eingehend und unter Gegenüberstellung mit weiteren Angeklagten vernommen worden. Auf Grund dieser Vernehmung hat sich, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, der Untersuchungsrichter entschlossen, Haftbefehl gegen Hugo Stinnes wegen dringenden Verdachts des versuchten Betruges und wegen Vorliegens von Verdunkelungsgefahr zu erlassen.

Nach Abschluß der Vernehmung wurde Hugo Stinnes nun, sofort in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Ueber die Vernehmung von Hugo Stinnes durch den Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Dr. Brühl, die zu seiner sensationellen Verhaftung geführt hat, werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Auf Grund des Materials, das in den Räumen der Stinnes-Unternehmungen in Hamburg von der Kriminalpolizei beschlagnahmt worden war — u. a. war den Behörden ein Teil der Korrespondenz zwischen dem verhafteten v. Waldow und Hugo Stinnes jun. in die Hände gefallen —, hatte sich der Verdacht, daß Hugo Stinnes von den Verfehlungen seines Sekretärs gewußt und diese sogar wissenschaftlich unterstützt hat, verstärkt, nachdem die ersten Vorwürfe gegen Hugo Stinnes bereits durch eine Schrift des angeklagten v. Waldow zur Kenntnis der Untersuchungsbehörden gebracht worden waren. Gleich zu Beginn der Untersuchung waren auch schon Zweifel aufgefallen, wie der Sekretär v. Waldow, der zwar als Stinnes' Angestellter ein Gehalt von etwa 1500 Mark monatlich bezog, die immerhin recht erheblichen

Mittel zum Ankauf des Kriegsanleihebestandes in England hatte aufbringen können. Die Anleihebestände wurden durch Vermittlung gewisser ausländischer Bankiers, die als Strohmänner fungierten und behaupteten, daß es sich um Altbesitz handle bzw. daß die Ausnahmestimmungen des Aufwertungsgesetzes für diese Stücke in Anwendung kämen, bei der Aufwertungsstelle angemeldet. Aus dem Verdacht heraus, daß Hugo Stinnes seinem Sekretär, um dieses Mandat bewerkstelligen zu können, finanzielle Hilfe habe zuteil werden lassen, wurde die gerichtliche Voruntersuchung auch auf Hugo Stinnes ausgedehnt. Dazu kam noch, daß der in Hamburg verhaftete Rothmann, ebenfalls ein Angestellter von Stinnes, Hugo Stinnes erheblich belastete. Die Berliner Untersuchungsbehörden sahen sich deshalb genötigt, Hugo Stinnes am Donnerstagvormittag zu einer Vernehmung im Berliner Kriminalgericht

zu laden. Diese Vernehmung, die etwa acht Stunden dauerte, erstreckte sich bis 6 Uhr abends. Während sich Hugo Stinnes, der mit seinem Hamburger Rechtsbeistand erschienen war, zuerst äußerst vorfichtig und zurückhaltend über seine Kenntnis der fragwürdigen Geschäfte seiner früheren Angestellten äußerte und nur zugab, daß er die notwendigen Mittel gegeben habe, änderte sich die Situation grundlegend, als Hugo Stinnes seinem ehemaligen Sekretär v. Waldow gegenüber getraut wurde.

Bei der Konfrontation kam es zu dramatischen Szenen, da v. Waldow seinen ehemaligen Chef erheblich belastete und vor dem Untersuchungsrichter erklärte, daß Hugo Stinnes von den Geschäften gewußt habe, und daß sie zum Teil mit seinem Einverständnis unternommen worden seien. Unter der Wucht des gegen ihn vorgebrachten Materials mußte Hugo Stinnes dann auch eingestehen, daß er Kenntnis von den Geschäften gehabt habe, ebenso von dem Verwendungszweck des Geldes. Auch die Gegenüberstellung des ebenfalls in Untersuchungshaft befindlichen Rothmann führte zu lebhaften Zwischenfällen. Seine Aussagen belasteten Hugo Stinnes ebenfalls erheblich.

Gegen 6 Uhr hatte sich dann der gegen Hugo Stinnes vorliegende dringende Tatverdacht, daß er an dem Kriegsanleihebetrugsversuch mitschuldig und beteiligt ist, so stark verdichtet, daß der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Dr. Brühl, trotz schwerer Bedenken sich dazu entschloß,

die Auslieferung eines Haftbefehls gegen Hugo Stinnes zu veranlassen. Trotz der sensationellen Wirkung, die diese Maßnahme angesichts des Ansehens und der wirtschaftlichen Stellung von Hugo Stinnes auslösen mußte, entschloß sich der Untersuchungsrichter zu diesem Schritt, da auch der dringende Verdacht der Verdunkelungsgefahr bestand und zu befürchten war, daß die weiteren Ermittlungen der Behörden irgendwie durchkreuzt werden würden. Auf Hugo Stinnes, der wohl kaum einen derartigen Ausgang der Vernehmung vorausgesehen hatte, machte die plötzliche Verhaftung einen niederschmetternden Eindruck. Hugo Stinnes wurde sofort

in das Untersuchungsgefängnis übergeführt. Die Vernehmungen werden am Freitag fortgesetzt werden. Da sich für den angeklagten v. Waldow die Lage geändert hat, will am Freitag sein Verteidiger versuchen, seine Freilassung durchzusetzen. Die Verteidigung v. Waldows steht scheinbar auf dem Standpunkt, daß Hugo Stinnes bei den Verfehlungen die treibende Kraft gewesen sei.

Die Tatsache, daß der Sohn und Haupterbe des Mannes, der der deutschen Wirtschaft der Nachkriegszeit den Stempel aufdrückte, jetzt wegen Betrugsversuchs verhaftet worden ist, hat in Berlin vornehmlich in den Wirtschaftskreisen das aller-

größte Aufsehen erregt. Die Verhaftung von Hugo Stinnes ist das Tagesgespräch geworden. Der sensationelle Vorgang der Verhaftung hat überall die Erinnerung an das traurige Geschick des großen Stinnes-Konzerns wachgerufen. Als Hugo Stinnes sen. am 10. April 1924 starb, machte bekanntlich die Deflation, die damals einsetzte, auch dem riesigen Konzerngebilde, das er als Erbe seinen Söhnen hinterlassen hatte, überaus schwer zu schaffen. Seine Erben konnten den Besitz nicht halten und mußten froh sein, einen Teil des Besitzes zu retten.

Es kam dann zu Streitigkeiten, bei denen sich die Gattin von Hugo Stinnes sen., die formell die Universalerin war, auf die Seite des jüngeren Sohnes stellte, der den Vornamen des Vaters trägt und von dem man annahm, daß er seinem älteren Bruder, Dr. Edmund Stinnes, an kaufmännischen Fähigkeiten überlegen sei. Dr. Edmund Stinnes wurde dann abgefunden und die Leitung der Unternehmungen, die der Familie Stinnes verblieben waren, ging auf Hugo Stinnes über, der nun mit allen Kräften sich daran machte, den früheren Glanz des Hauses wiederherzustellen. Vermutlich ist die tiefere Ursache für die Verfehlungen, die jetzt Hugo Stinnes jun. zunächst ins Untersuchungsgefängnis gebracht haben, darin zu suchen, daß er mit allen Mitteln seinen Unternehmungen und seinem Namen wieder zu einer dominierenden Stellung verhilfen wollte, und daß er sich dazu verleitete, in der Wahl dieser Mittel nicht mehr wählerisch zu sein.

Eine Erklärung der Stinnes-Verteidiger

Berlin, 30. August. Von Seiten der Verteidigung Hugo Stinnes' jun., die in die Hand der Rechtsanwälte Dr. Alsbach (Berlin), Dr. Höck (Hamburg) und Dr. Alfred Friedmann (Berlin) gelegt wird, geht der F. U. folgende Mitteilung zu:

Das Verfahren gegen Herrn Hugo Stinnes jun. schwebt, ungeachtet sich die Staatsanwaltschaft anderer Namen von Angeklagten in den Akten zu bedienen beliebt, in Wahrheit seit über einem Jahr. Man glaube, nachdem die Kriegsanleihe-Mißbilligung um beinahe 20 Milliarden übersteigend die Vorbereitung und die Ausführung der Verfehlungen der Angeklagten, eine ungeheure finanzielle Verschwendung gegen das Reich aufzuweisen zu können. Man vermochte aber trotz der Schaffung eines Sonderbezirks der Berliner Staatsanwaltschaft die große Zahl nicht zu finden. Als man dann in zwei Fällen auf den Namen Stinnes' jun. stieß, meinte die Staatsanwaltschaft, die richtige Fährte entdeckt zu haben. Es ist seit länger als einem Jahre bekannt, daß Hugo Stinnes bei zwei aus dem Auslande stammenden Altbesitz-Anmeldungen Gelder zur Verfügung gestellt hat. In beiden Fällen, bei denen es sich insgesamt um rund 400 000 Reichsmark

handelt, sind die Kriegsanleihebestände beschlagnahmt worden, und zwar zu gleicher Zeit. Der eine Fall betrifft eine Anmeldung in Paris. Die angegebene Frist lief dort am 20. November 1926 ab.

Es steht fest, daß Herr Hugo Stinnes jun. von Schwindeltaten, die dort vorgekommen sind, bis zum Ablauf der angegebenen Frist nichts gewußt hat. Seine Weigerung, die ihm nahegelegte Ordnungsstrafe zu zahlen, entsprach dem von ihm stets eingenommenen Standpunkt, daß er eine strafbare Handlung nicht begangen hat. Bejählich des zweiten Geschäftes, das in Rumänien geschwieben hat, ist Herr Stinnes bis heute keine Kenntnis von irgendwelchen Unkorrektheiten oder Schwindeltaten geworden. Die Staatsanwaltschaft steht aber auf dem Standpunkt, es müßten bezüglich des zweiten rumänischen Falles noch Urkunden bei Herrn Hugo Stinnes jun. vorhanden sein. Es wird kein Zweifel daraus gemacht, daß die Verhängung der Untersuchungshaft die Herausgabe solcher bei der rücksichtslosesten Durchsuchung nicht auffindbaren Urkunden herbeiführen soll. In Zukunft dürfte bei Herrn Hugo Stinnes jun., der zu seiner Vernehmung eigens aus England zurückgeführt ist, nicht angenommen werden. Die Verdunkelungsgefahr soll darin liegen, daß Herr Hugo Stinnes jun. Urkunden, die man nicht einmal bestimmt bezeichnen kann, befehle schaffen könnte, wohlverstanden, nachdem die Verhandlungen länger als ein Jahr geschwebt haben und obwohl das Vorhandensein solcher Urkunden nicht erwiesen ist. Die Verteidigung wird mit allen gesetzlichen Mitteln gegen die nach ihrer Meinung unzulässige Verhängung der Untersuchungshaft vorgehen.

Verhaftungen in St. Ingbert

St. Ingbert, 30. August. Der Kaufmann Julius Blatt, Inhaber der Firma Blatt & Co. in St. Ingbert, einer Zweigfirma der Ballia-Werke in Heidelberg, ist gestern verhaftet worden. Die Sparkasse St. Ingbert hat der Firma Blatt über vier Millionen Mark Kredit gewährt, obwohl deren Finanzen schon damals zerrüttet waren. Die Staatsanwaltschaft in Augsburg wurde ferner erlucht, den Inhaber der dortigen Firma Pircher, den Bruder des verhafteten Finanzrates Pircher, festzunehmen, der die treibende Kraft bei der Vergebung der Kredite gewesen sein soll und selbst einen ungedeckten Kredit in Höhe von etwa einer Million erhalten hatte.

Wie die Westfälische Zeitung berichtet, hatte der Präsident des Landrates, Scherer, gestern mit dem Mitglied der Regierungskommission der Finanzen, Morize, eine Unterredung über die Frage, wie der Stadt St. Ingbert geholfen werden könne.

Panzerkreuzer-Atmosphäre

Bei den Linksozialisten herrscht wegen der Panzerkreuzer-Affäre fortgesetzt „dicke Luft“, wie der Seemann zu sagen pflegt. Man redet sich künstlich in die Aufregung immer weiter hinein und berauscht sich an Phrasen. Die Demokraten haben bei dem heftigen Getöse des linkssozialistischen Parteisturmes Angst vor der eigenen Courage bekommen und eine „Entschuldigung“ vom Stapel gelassen, die in der be- und wehmütigen Erklärung ähfelt, sie hätten doch wegen des einen Panzerkreuzers nicht die hoffnungsvollen Ansätze zu einer zielbewußten Linkspolitik in der Regierung zerstreuen dürfen; ihre „grundfäßliche“ Meinung, daß der Bau des Panzerkreuzers „politisch unerwünscht und militärisch unangemessen“ sei, bleibe unverändert. Die demokratische Parteipresse sieht aber zu dieser Ausrede ein saures Gesicht und befehrt ihre Minister, daß eine solche Rücksicht auf die Empfindlichkeit der Koalition viel zu weit gehe. In der sozialistischen Presse wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Demokraten bei der Frage, ob die weiteren Bauraten bewilligt werden sollen, umfallen und mit der Linken zusammen mit „Nein“ stimmen würden. Die Sozialisten scheinen also zu glauben, daß die bürgerliche Demokratie die konsequente Inkonsequenz als Wahlprüfstein im Wappen führe. Sie müssen es ja wissen. Ein klarer Gegenbeweis in dem Sinne, daß es auch für die Demokraten eine Grenze gibt, an der jede Nachgiebigkeit gegen den Marxismus aufhört, wäre im Interesse der bürgerlichen Sache sehr erwünscht.

Im Lager der Sozialdemokratie erklärt der radikale Genosse Fleischer mit absoluter Bestimmtheit: „Die Krise ist nicht beilegt. In kurzer Frist wird sie in voller Größe wieder vor uns stehen.“ Fleischer will auf jeden Fall noch einmal eine Abstimmung über den Bau des Panzerkreuzers im Reichstag vollzogen wissen. „So schlecht“ seien und rechnet sich eine generelle Mehrheit aus Sozialisten, Kommunisten, Demokraten sowie aus der Wirtschaftspartei und dem Zentrum heraus, „das sich nach dem Wahlausfall sehr überlegen müßte, ob es seine frühere zustimmende Haltung nicht zu revidieren habe“. Wenn aber wiederum der Bau bewilligt wird, auch gut! Dann würde der bürgerlichen Mehrheit allein die Verantwortung aufgebürdet werden. Da liegt der Hase im Pfeffer! Die fatale Verantwortung für ihren „militaristischen“ Umschwung müßte die Sozialdemokratie gern los sein. Die bürgerlichen Parteien werden natürlich nicht so dumm sein, ihr den Gefallen zu tun und nochmals abzustimmen. Was beschlossen ist, bleibt beschlossen; sonst würde ja endlos parteipolitischen Schifanzen bei der Budgetaufstellung Tor und Tür geöffnet werden. Der Kern der Ausführungen Fleischer besteht darin, daß er von den sozialistischen Ministern kategorisch fordert, sie sollten „die Partei über alles“ stellen und hinter diesem höchsten Gebot die Koalition zurücktreten lassen, auf jede Gefahr hin. Zu welchen Ausschreitungen diese Agitation führt, erhebt aus den trüben Vorgängen in Breslau, wo Linksozialdemokratie und Reichsbanner in trautem Verein dem ehrwürdigen Reichsoberhaupt die schuldige Achtung und Ehrerbietung verweigert und ihm die größte Beschimpfung einer republikanischen Gesinnung zugefügt haben. So etwas wagt man ausgerechnet dem Manne zu bieten, dessen hochragende Pflichterfüllung die Republik fortgesetzt vor allen Feindschaften in vorbildlicher Verfassungstreue behütet! Um die traurige Groteske voll zu machen, hat sich auch noch der radikale österreichische Mitarbeiter unserer Sozialdemokratie in die Sache eingemischt. Der Wiener Sozialist Dr. Deutsch, früherer österreichischer Heeresminister, hat die Parole ausgegeben: „Anonen für Volksrechte.“ Er erläutert dieses Schlagwort dahin, daß künftig jede Bewilligung irgendeines Militärkredits von der deutschen Sozialdemokratie mit „demokratischen Reformen im Meer und in der Marine“ erkauf werden müßte. Es würde also s. B. möglich sein, daß die Sozialisten für ihre Zustimmung zu den weiteren Bauraten für den Panzerkreuzer die Erfüllung des berechtigten Verlangens nach einer parlamentarischen Kontrolle des Rekrutensatzes der Reichswehr forderten, um die Neueinstellenden aus ihre „republikanische“, soll heißen sozialistisch-republikanische, Gesinnung zu prüfen. Dann könnte es schließlich noch dahin kommen, daß sich aus dem Streit um den Panzerkreuzer für die bürgerlichen Parteien ein Kampf um die Erhaltung der Reichswehr entwickelte.

Die Kommunisten lachen sich bei der Maßlosigkeit zwischen gemäßigten und radikalen Sozialisten ins Häutchen und schüren auf ihre Art, die sich noch viel gründlicher auf Senzen versteht, die qualmige Blut der Agitation. Ein besonders drastisches Stückchen hat sich ein kommunistisches Blatt geleistet, indem es sich von einem linkssozialistischen Teilnehmer an der Aussprache zwischen Reichstagsfraktion und Parteiauschuß der Sozialdemokratie berichten ließ. Severing habe erklärt, daß der Reichswehrminister Groener mit seinem Etat große geheime Rüstungen gegen die Arbeiter durchführe; daß sei auch ein wesentlicher Grund dafür gewesen, daß die sozialistischen Minister in der Regierung verblieben seien. Dies absurde Gewäsch soll dazu dienen, die sozialistischen Minister als „Verräter an der Arbeiterkraft“ zu denunzieren, weil sie nicht gleich über die „finsternen Pläne“ Groeners Feiernordis geschrien und die Koalition gesprengt hätten. Außerdem wird die Richtung, nach der die Kommunisten die Entwicklung zu treiben suchen, deutlich genug durch die Agitation für Volksbegehren und Volksentscheid über ein generelles Verbot des Baues von Panzerschiffen und